

Blocher gründet neue Anti-EU-Organisation Seite 12

Arabische Touristen entdecken die Schweiz Seite 13

Moutier will kommunal über einen Kantonswechsel abstimmen Seite 14

Bundesrichter Hansjörg Seiler zum Umgang mit Volksinitiativen Seite 15

Widerstand gegen Leuthards Energiepaket formiert sich

Bürgerliche Kräfte wollen das Energiepaket aufschneiden und mit der ökologischen Steuerreform verknüpfen

Lange war die ökologische Steuerreform nur ein Neben- aspekt der Energiewende. Nun rückt sie ins Zentrum. Bürgerliche Energiepolitiker wollen sie vorziehen – aus unterschiedlichen Motiven.

Christof Forster, Davide Scruzzi

Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Energieträger ist im Parlament kein rotes Tuch mehr. Eine moderate Form der ökologischen Steuerreform findet in bürgerlichen Kreisen mittlerweile mehr Zuspruch als der Mix von Subventionen und Vorschriften, den das Departement von Bundesrätin Doris Leuthard in ein Gesetzespaket für die erste Phase der Energiewende in die parlamentarischen Beratungen gegeben hat.

Derzeit laufen am Rande der Wintersession intensive Gespräche unter bürgerlichen Parlamentariern. Es wird versucht, ein neues Paket zu schnüren, das in der Energiekommission des Nationalrats (Urek) und im Plenum mehrheitsfähig ist. Nach heutigem Stand wird die FDP an der nächsten Urek-Sitzung vom 20. Januar einen Rückweisungsantrag einbringen – verknüpft mit der Forderung an den Bundesrat, eine Lenkungsabgabe sowie die Strommarktöffnung für Kleinverbraucher in das Paket zu integrieren. Die Subventionen für Ökostrom (Kostendeckende Einspeisevergütung, KEV) sollen dagegen wegfallen. Die FDP hat jüngst einen Schwenk gemacht und sich für die ökologische Steuerreform ausgesprochen. Dieses Vorgehen hat auch bei der SVP, die in der Kommission gegen Eintreten gestimmt hat, Anhänger. Er sei zuversichtlich, dass sich die Bürgerlichen auf ein Gesamtpaket einigen könnten, das dem Volk vorgelegt werde, sagt SVP-Nationalrat Albert Röstli. Auch die BDP will den Übergang von der KEV zu einer Lenkungsabgabe einleiten.

Economiesuisse für Abgabe

Auch bei der Wirtschaft haben die Vorzeichen geändert. Economiesuisse-Energieexperte Kurt Lanz kann sich eine Lenkungsabgabe im Energiebereich vorstellen. Zwingend müsste diese eine reine Lenkungsabgabe sein, also vollständig zurückertattet werden. Economiesuisse sieht darin die Chance, von der wachsenden Subventionspolitik wegzukommen. Die Subventionen im



Inwieweit eine Energieabgabe auch an der Tankstelle erhoben werden soll, ist weiterhin umstritten.

ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE

Energiebereich müssten auf einen klar fixierten Zeitpunkt heruntergefahren werden. Wichtig sei auch die Frage der internationalen Konkurrenzfähigkeit und dass die Lenkung des Verbrauchs über Zielvereinbarungen erfolgt. Entsprechende Ansätze sind die Entlastungsmassnahmen für die Industrie oder auch allein schon der Umstand, dass relativ moderate Abgabesätze angestrebt werden. Economiesuisse fordert zudem eine Koppelung dieser neuen Vorlage mit der Strommarktöffnung. Lanz hofft, damit die Vorlage auch von der Ausstiegs-Initiative loszulösen und dem Volk separat zur Abstimmung unterbreiten zu können.

Auch die Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves), der neben Röstli FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen angehört, will die Lenkungsabgabe schon jetzt behandelt haben. Damit käme es relativ rasch zu einem Urenngang, denn für eine derartige neue Abgabe braucht es wohl eine neue Verfassungsgrundlage. Conrad Studerus von Aves erhofft sich davon, dass das Volk die mit der Energie-

Zwei Varianten und eine Initiative

dsc. · Mit Blick auf eine energetische Lenkung mittels Preissignalen wird bis jetzt über drei Möglichkeiten diskutiert:

> Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»: Die Vorlage der Grünliberalen verlangt eine Steuer auf nicht-erneuerbaren Energieträgern. Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Laut den Initianten bleiben dem Staat gesicherte Einnahmen, da die Höhe des Steuerertrages an das Bruttoinlandsprodukt geknüpft würde. Die Koppelung einer Abgabe mit Lenkungswirkung (die im Idealfall stets sinkende Einnahmen generiert) mit einer gewichtigen Einnahmequelle wird kritisiert. Der Bundesrat bemängelt, dass sich höhere Energiesteuern ergäben, als energiepolitisch notwendig wäre, und empfiehlt daher ein Nein zur Initiative.

> Bundesrätliche Variante 1 für eine Lenkungsabgabe: Die erste der vom Bundesrat im September mit Blick auf die Zeit nach 2020 präsentierten Möglichkeiten für eine Lenkungsabgabe sieht

nur eine geringe Lenkungswirkung vor. Für die Zielerreichung wären auch Fördermassnahmen nötig. Die nicht für die Fördermassnahmen verwendeten Mittel der Abgabe würden der Bevölkerung und der Wirtschaft zurückverteilt, etwa via Steuergutschriften oder die Krankenkassenprämien. Angepeilt wird eine Abgabe von 84 bis 150 Franken pro Tonne CO₂ oder bis zu 39 Rappen pro Liter Heizöl. Die Stromabgabe läge bei 10 Prozent des Preises.

> Bundesrätliche Variante 2 für eine Lenkungsabgabe: Die zweite Variante sieht einen sukzessiven Abbau der Fördermassnahmen vor. Die Abgabe (mit Rückerstattung an die Bevölkerung) wäre neu das zentrale energiepolitische Instrument, mit 210 Franken pro Tonne CO₂ oder bis zu 55 Rappen pro Liter Heizöl. Im Gegensatz zur Variante A würden auch Treibstoffe erfasst (29 Rappen pro Liter). Auf Strom ist bei dieser Variante eine Abgabehöhe von 22 Prozent geplant.

strategie 2050 drohende «Planwirtschaft und Subventionsmaschinerie» stoppen kann. Die Pläne zur Lenkungsabgabe selbst seien eine Mogelpackung, weil mit den geplanten Abgabesätzen nur die Hälfte der bundesrätlichen Ziele erreicht werden könnten, sagt Studerus.

Grünliberales Misstrauen

Die Grünliberalen verfolgen mit ihrer Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ebenfalls das Ziel einer ökologischen Steuerreform. Entsprechend ist GLP-Präsident Martin Bäumle an der neuen freisinnigen Position interessiert. «Das ursprünglich als zweite Etappe geplante Lenkungssystem wollten wir immer gleichzeitig vorantreiben», so Bäumle. Auch er möchte Fördersysteme wie das der KEV ersetzen und diese so zeitlich befristet. Die FDP müsse aber klar demonstrieren, dass sie es ernst meine und sich für den raschen Beschluss eines entsprechenden Verfassungsartikels einsetzen wolle, allenfalls auch mit zeitlichen Fristen. Bäumle will verhindern, dass die ganze Energiewende blockiert oder auf die lange Bank geschoben wird. Er erinnert an die CO₂-Abgabe, bei der die Freisinnigen Ansätze mit hoher Lenkungswirkung verhindert hatten, woraus die Gebäude-Teilzweckbindung resultierte.

Offenheit und Misstrauen vernimmt man bei Eric Nussbaumer (sp., Basel-Landschaft). Man könne über ein Vorziehen der zweiten Etappe der Energiewende diskutieren. Doch die FDP müsse eine glaubwürdige Idee für eine Energiewende ohne AKW präsentieren. Die Ansätze für eine ökologische Steuerreform seien ja einst freisinnige Vorschläge gewesen, doch bei der Umsetzung von wirklich lenkenden Vorlagen sei die FDP nach immer zurückgekrebt. – Das Zünglein an der Waage wird die CVP spielen. In der Kommission erhoffen sich FDP und SVP am ehesten von Daniel Fässler Support für ihr Anliegen. Doch dieser will «nicht auf die Bremse stehen» und ist gegen Rückweisung. Er lässt aber eine Hintertüre offen. Wenn das Energiepaket nach der Detailberatung in der Kommission nicht seinen Vorstellungen entspreche, könne es immer noch sistiert werden.

Der Entscheid über den Rückweisungsantrag dürfte in der Kommission sehr knapp ausfallen. Auf jeden Fall ist klar, dass Leuthard mit ihrem Energiepaket nicht leichtfüssig durch das Parlament marschieren wird.

Meinung & Debatte, Seite 22

Tiefer Strompreis bremst Milliardenprojekt Lago Bianco

Im Südbündner Poschivo-Tal herrscht keine Besorgnis, denn die Planung des Kraftwerks geht weiter

Der Bündner Energiekonzern Repower plant Grosses im Puschlav: den Bau eines 2,5 Milliarden teuren Pumpspeicherwerks. Doch der Einbruch der Strompreise verzögert den Baubeginn um mehrere Jahre.

Peter Jankovsky, Chur

Es wird das grösste Wasserkraftwerk in Graubünden. Das geplante Puschlaver Pumpspeicherwerk Lago Bianco soll eine installierte Leistung von tausend Megawatt haben – eine Leistung, die sich jener eines Atomkraftwerks annähert. Im Zentrum des Projekts steht der Bau eines 174 Kilometer langen Druckstollens, der vom Poschivo-See zum auf 2200 Meter über Meer gelegenen Stausee Lago Bianco hinaufführt und dabei rund 1200 Höhenmeter überwindet. Eigentlich hätten die Arbeiten bereits heuer beginnen sollen, doch weil

die Konzessionserteilung durch den Kanton noch aussteht, wurde der Start auf nächstes Jahr verschoben. Mit der Inbetriebnahme rechnete man spätestens für das Jahr 2019.

Doch dieser Zeitplan gilt nicht mehr. Die Bauarbeiten des 2,5 Milliarden Franken teuren Projekts verzögerten sich auf unbestimmte Zeit, sagt Repower-Sprecher Livio Zanolari. Es handle sich um keine Sistierung des Lago Bianco-Vorhabens, denn die Planungen gingen weiter. Gemäss Zanolari hat Repower ein Problem mit dem Strompreis: Dieser ist so tief gesunken, dass für Wasserkraftwerke die Produktionskosten über dem Marktpreis liegen. Derzeit sind 3,7 Euro-Cent pro Kilowattstunde auf dem europäischen Strommarkt zu bezahlen; vor vier Jahren waren es noch 7 bis 8 Cent.

Wegen des Preiseinbruchs erscheint das Lago Bianco-Projekt aus heutiger Sicht nicht profitabel. Auch ein Ausbauprojekt am Grimsel (Berner Oberland) wurde jüngst entsprechend abgeändert.

Laut Zanolari stellt die Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland den Ursprung des Problems dar. Dort berappt jeder Stromkunde 5,3 Cent pro Kilowattstunde für die Förderung; so kommt zu viel subventionierter Strom auf den europäischen Markt, was den Preisverfall für die Produzenten bewirkt. Repower vertritt die Auffassung, dass es marktgerechte Lösungen brauche – wie das Quotenmodell, das fairen Wettbewerb und eine Förderung erneuerbarer Energien ermögliche.

Repower wartet mit dem Beginn der Bauarbeiten, bis sich die Marktbedingungen normalisieren. Wann das der Fall ist, lässt sich schwer abschätzen: Zanolari spricht von mehreren Jahren und kann einen Start der Arbeiten spätestens im Jahr 2019 nicht bestätigen. Eine Redimensionierung des Projekts Lago Bianco sei aber nicht vorgesehen, weil der Tunnel in der notwendigen Länge von 174 Kilometern gebaut werden müsse. – Dem Kanton, der mit 58,3 Prozent Mehrheitsaktionär von Repower

er ist, erscheint die Verzögerung angesichts der Marktlage nachvollziehbar und nicht überraschend. Laut Regierungsrat Mario Cavigelli, dem Chef des Bündner Bau-, Verkehrs- und Forstdepartements, wird die Konzession für das Projekt wohl im Frühling 2014 erteilt und auf 80 Jahre ausgerichtet sein. Die Bauverzögerung werde auf das Poschivo-Tal keine negativen Auswirkungen haben, ist Cavigelli überzeugt.

Eine ähnliche Ansicht geht Poschivos Gemeindepräsident Alessandro Della Vedova. Gemäss seinen Worten ist die Verzögerung keine Überraschung; die diesbezügliche Vermutung bestand schon länger. Zudem ist die Bevölkerung kaum beunruhigt, weil Repower das Projekt nicht aufgeben will. Auch befürchtet Della Vedova keine direkten Nachteile für lokale Firmen. Vielmehr sieht er die Verzögerung als Stimulus an: Nun gelte es, andere Projekte voranzutreiben, zum Beispiel die Eröffnung des Holz-Kompetenzzentrums oder die Tourismusförderung.

Atomkraftwerke erfüllen Stresstest

Strahlung bleibt im AKW

(sda) · Die fünf Atomkraftwerke in der Schweiz haben laut der Atomaufsichtsbehörde Ensi nachgewiesen, dass auch bei einem sehr schweren Erdbeben keine radioaktiven Stoffe entweichen. Wie das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) am Mittwoch mitgeteilt hat, blieben die drei Sicherheitsbarrieren – Brennelemente, Primärkreis und Containment – erhalten. Die AKW erfüllen damit eine Forderung aus dem EU-Stresstest. Die AKW-Betreiber mussten anhand der aktuellen Gefährdungsannahmen diesen Nachweis erbringen. Das Ensi überprüfte die eingereichten Unterlagen. Das AKW Leibstadt muss indes bis 2014 weitere Massnahmen umsetzen, um die Widerstandsfähigkeit der Druckentlastung des Containments zu erhöhen. – Das Ensi hatte nach dem Fukushima-Unglück den Nachweis gefordert, dass AKW einem 10 000-jährlichen Erdbeben standhalten. Dieser Test wurde dann noch verschärft.